



Niemand will draußen auf Bänken sich ausruhen – warum nur? Nun, weil sich zum Beispiel heute die Sonne so gut wie nicht zeigt. Aber es fällt auch kein Nass vom Himmel. Die Temperaturen? Recht kühl.

www.nz.de
www.nz.de/blogs
www.franken-wiki.de

Mit Sonderbeilage
 „Lange Nacht der
 Wissenschaften“

Heute lesen Sie:

**Schürres Dreierpack
 und Löws neuer Vertrag**

Nach dem Sieg in Schweden und dem Dreierpack von Matchwinner André Schürrel steht die nächste Aufgabe für Bundestrainer Löw an: Bis zum Wochenende soll der neue Vertrag in trockenen Tüchern sein. (Kopf d. Tages S. 2, Sport S. 24)

**Prügelvorwurf
 gegen Polizisten**

Wegen schwerer Körperverletzung im Amt müssen sich drei Polizisten vor Gericht verantworten. Sie sollen Club-Fans geprügelt und mit Pfefferspray besprüht haben. Die Beamten fühlten sich wohl bedroht. (Nürnberg S. 9)

**Bundesgerichtshof
 stärkt Mietern den Rücken**

Gleich zweifach hat der BGH die Rechte von Mietern gestärkt: Mieter-Schutzklauseln gelten nach dem Verkauf der Wohnung weiter, und Gerichte müssen bei kranken Mietern prüfen, ob ein Umzug zumutbar ist. (Wirtschaft S. 19)

**Der neue Intendant der
 Bamberger Symphoniker**

Die Bamberger Symphoniker haben einen neuen Intendanten: Marcus Rudolf Axt übernimmt das Spitzenorchester und muss als einer seiner ersten Aufgaben einen neuen Chefdirigenten finden. Die NZ sprach mit ihm. (Feuilleton S. 27)

Mittwochslooto

6 aus 49: 9, 32, 38, 40, 44, 49
 Superzahl: 8
 Spiel 77: 2 112 009
 Super 6: 009 692 (Ohne Gewähr)

Politik	Seiten 1 – 6
Aus aller Welt	Seiten 7 + 8
Nürnberg	Seiten 9 – 15
Tipps zum Tage	Seite 12
Filmspiegel	Seite 12
Region/Bayern	Seiten 16 + 17
Fernsehen	Seite 18
Wirtschaft	Seiten 19 – 21
Film	Seite 22
Sport	Seiten 23 – 26
Traueranzeigen	Seite 26
Feuilleton	Seiten 27 + 28

Finanztrends 16.10.2013

DAX:
 8846,00 (+41,56)

DOW-JONES (22 Uhr)
 15364,15 (+199,14)

Euro in Dollar:
 1,3561 (+0,0068)

Abonnement-Bezugspreis 28,90 € monatlich (inkl. Zustellung und 1,89 € MwSt.). Weitere Preise und Informationen: Abo-Service, 09 11/2 16-2777, Fax 09 11/2 16-2533



Fußball-WM: Nürnbergs Flughafen wird zur Fanmeile



Auch während der Fußball-WM 2014 in Brasilien wird es öffentliche Fernsehübertragungen von den Spielen der deutschen Mannschaft in Nürnberg geben. Seit gestern geht die Stadt von einem Public Viewing auf dem Parkplatz für die Mitarbeiter des Flughafens aus (rote Fläche). Die Mitarbeiter der Eventagentur wer:b gaben gestern ihre Zustimmung zu dem Veranstaltungsort und auch der Flughafen sandte Signale, dass er mitmachen werde, so Christine Schübler, Leiterin des Bürgermeisteramts, im Rechtsausschuss des Stadtrats. Vorausgegangen war eine wochenlange Suche nach einem Standort, der weit genug von einer Wohnbebauung entfernt ist und bis zu 30 000 Zuschauern Platz bietet. Aus Lärmschutzgründen kam die Wöhlder Wiese nicht in Betracht. (Nürnberg S. 15)
 Luftbild: Oliver Acker

EU-Kommissar Oettinger warnt Deutschland:

„Energiewende scheitert“

VON RALF MÜLLER

BRÜSSEL — Das Projekt Energiewende in Deutschland ist nach Ansicht von EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) „gescheitert“. Alle anderen Darstellungen der Lage seien „Gesülze“, sagte Oettinger bei einem Treffen mit Vertretern der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in Brüssel.

Das Vorhaben sei nicht mehr zu retten, so Oettinger. Es gebe nur noch ein „Stopp und ab in die Tonne“. Notwendig sei ein völliger „Neuanfang im deutschen Energierecht“. Auch in Brüssel wimmele es in Fragen der Energiepolitik „von Gutmenschen“, in Deutschland aber seien „alles Romantiker“ am Werk. Die neue Regierung in Berlin werde daher „verdammte teuer“, sagte Oettinger vor Vertretern der bayerischen Wirtschaft.

Wenn man in Deutschland so weiter mache, könnte die Bundesrepublik wieder zum „kranken Mann Europas“ werden. Oettinger erneuerte seine massive Kritik am deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dieses sei „mit Wahrscheinlichkeit nicht binnenmarkt-kompatibel“, sondern eine „klare Diskriminierung“.

Oettinger deutete an, dass Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) mit der von ihm betriebenen Mindestabstandsregelung für Windräder die Schwächen der Energiewende erkannt habe. Wenn man Seehofers Abstandsregelung umsetze, „gibt es in Bayern keine Windräder mehr“, urteilte der EU-Kommissar.

Neue Belastungen durch Austauschpflicht bei Heizungen

Die Ursachen für das von ihm diagnostizierte Scheitern der Energiewende sieht Oettinger auch in der Vielzahl der Mitwirkenden. „18 Energie-minister“, ergänzt durch „tausend Landräte und Bürgermeister“ kummerten sich darum. 13 der 16 Bundesländer träumten von Energieautarkie. Übersehen werde, dass man in den nächsten Jahren bis zur Abschaltung des letzten deutschen Kernkraftwerks Strom nicht in großem Umfang werde speichern können. Die Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke sei zwar möglich, wer aber gleichzeitig gegen Kohlekraftwerke mobil mache, säge den Ast ab, auf dem er sitze, sagte Oettinger. Für den Fall, dass der „Neuanfang“ in der deutschen Energiepolitik ausbleibe, sagte Oettinger einen weiteren Anstieg der Strom-

preise in den nächsten drei Jahren um jährlich sieben bis zehn Prozent voraus.

Unterdessen führen die Versuche, die Energiewende zu retten, zu neuen finanziellen Belastungen der Bürger: Das Bundeskabinett hat schärfere Vorgaben für Hausbauer und eine Austauschpflicht für 30 Jahre alte Gas- und Ölheizungen beschlossen. Vor 1985 eingebaute Heizungen müssen gemäß der nun beschlossenen neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) bis 2015 ausgetauscht werden. Bisher galt diese Pflicht nur für vor 1978 eingebaute Heizkessel.

Allerdings gibt es mehrere Ausnahmen: Nicht betroffen sollen Brennwertkessel und Niedertemperaturheizkessel mit einem besonders hohen Wirkungsgrad sein. Erfasst würden vorerst nur sogenannte Konstanttemperaturheizkessel, betonte das Bauministerium. Auch Hauseigentümer, die seit Februar 2002 in Häusern mit 30 Jahre alten Heizungen wohnen, sind von der neuen Austauschpflicht ihrer Anlagen ausgenommen. Voraussichtlich werden die Änderungen ab dem 1. Mai 2014 wirksam. Umweltschützern geht die neue EnEV nicht weit genug. Sie setze weiterhin viel zu wenig Impulse, im Wärmebereich Energie einzusparen. *dpa*

Protokolle entlasten Bischof

Vatikan war über Limburg früh im Bilde

BONN — Der Vatikan war über die Grundzüge des bischöflichen Bauprojekts auf dem Limburger Domburg schon weit früher im Bilde als bisher bekannt. Auch der Vermögensverwaltungsrat wusste bereits im Sommer vor zwei Jahren, dass das Vorhaben Investitionen von mindestens 17 Millionen Euro umfasst.

Aus erst jetzt geprüften Sitzungsprotokollen geht hervor, dass der Apostolische Nuntius in Deutschland schon vor Baubeginn im Jahr 2010 über die insgesamt zehn Einzelprojekte auf dem Domburg informiert war. Der Nuntius habe dieser Aufteilung ausdrücklich zugestimmt, hält ein Protokoll fest, das der Limburger Generalvikar Franz Kaspar über die Sitzung des Vermögensverwaltungsrates vom 28. August 2013 geschrieben hat. In mehreren Berichten war in den vergangenen Tagen gemutmaßt worden, der Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst habe seine Informationspflicht durch die Aufteilung des Vorhabens umgangen und damit den Vatikan getäuscht. Dies wird durch die Protokolle widerlegt. *kna* (Politik S. 6)

Falls Schwarz-Rot scheitert

Grün steht für den Notfall noch bereit

BERLIN — Mit ihrer Absage an weitere Sondierungsgespräche mit der Union haben die Grünen eine große Koalition noch wahrscheinlicher gemacht.

Die Grünen bereiten sich nach dem Ende der Sondierung auf die Opposition vor, Parteichef Cem Özdemir ließ aber für den Fall des Scheiterns von Schwarz-Rot eine Hintertür offen. Heute kommen Union und SPD zur möglicherweise entscheidenden dritten Sondierungsrunde zusammen.

Die Grünen hatten sich gegen weitere Sondierungsgespräche mit der Union ausgesprochen. Eine belastbare Grundlage für eine vierjährige Regierungszusammenarbeit sei „nach diesen Gesprächen nicht gegeben“, sagte die scheidende Parteichefin Claudia Roth. Ko-Parteichef Özdemir wollte weitere Gespräche mit der Union hingegen nicht ausschließen. Sollten die Beratungen zwischen Union und SPD scheitern, „dann kann es natürlich sein, dass man noch mal miteinander spricht“. *afp* (Politik S. 4)

Mallorca verhängt Strafen für „unzüchtiges Verhalten“

Badehose und Bikini sind im Supermarkt tabu

VON RALPH SCHULZE

PALMA DE MALLORCA — Der Sitten-Feldzug auf der spanischen Ferieninsel Mallorca geht in eine neue Runde. Nach dem Verbot öffentlicher Trinkgelage am Ballermann-Strand von Palma soll die Polizei nun auch auf den Straßen der Inselhauptstadt für züchtiges Benehmen sorgen. Wer nur in Badehose oder Bikini durch die Mittelmeer-Stadt schlendert, muss bald mit empfindlichen Geldbußen rechnen. Prostitution und Betteln auf den Straßen sollen ebenfalls untersagt werden.

Das sieht ein neues Sittengesetz vor, das nicht nur in der Altstadt Palmas für Ordnung sorgen soll. Es soll auch in der Tourismushochburg Playa de Palma, die wegen ihrer vielen feuchtfröhlichen Vergnügungstätten auch „Ballermann“-Viertel genannt wird, gültig sein.

Die im Ferienparadies regierende Volkspartei, welche in Palma die absolute Mehrheit hat, will diese kommunale Verordnung demnächst durch das Stadtparlament winkle. In der kommenden Tourismussaison 2014 dürfte es vorbei sein mit den Spaziergängen in allzu luftiger Strandkleidung. Ausgenommen vom neuen Sittengebot sollen die Strandpromenaden und die strandnahen Straßen sein. In Palma sollen Urlauber, die „nackt“ oder „fast nackt“ in jenen öffentlichen Bereichen angetroffen werden, in denen üblicherweise Rock, Hose und Oberbekleidung angemessen sind, mit Bußen zwischen 100 oder 200 Euro belangt werden können.

Auch mit den Trinkexzessen auf den Straßen rund um die „Ballermann“-Schenken soll Schluss sein. Im gesamten Vergnügungsviertel soll ein Alkoholverbot auf Straßen und Plätzen gelten.

Kein US-Staatsbankrott

Rettung in letzter Minute

WASHINGTON — Die Gefahr eines US-Staatsbankrotts ist aller Wahrscheinlichkeit nach gebannt.

Kurz vor Fristablauf einigten sich die Parteien, die Schuldengrenze des Landes zu erhöhen, wie der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Harry Reid, sagte. Auch die seit zwei Wochen lahm liegende US-Verwaltung soll wieder ihre Arbeit aufnehmen. Das Gesetz musste noch beide Kongresskammern passieren, was als nahezu sicher gilt.

Der Oppositionsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, bestätigte die Vereinbarung. Der republikanische Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, John Boehner, teilte mit, seine Partei werde die Anhebung des Kreditlimits und den Übergangsetat nicht blockieren. „Wir haben einen guten Kampf geliefert, wir haben einfach nicht gewonnen“, sagte er. Die Einigung sieht vor, das Schuldenlimit so anzuheben, dass die USA mindestens bis zum 7. Februar 2014 liquide bleiben. *dpa* (Kommentar S. 2, Politik S. 4)